

SoVD kritisiert: Politik muss sich um soziale Schieflage kümmern

# forsa-Umfrage: SoVD stellt Ergebnisse vor

Die Corona-Pandemie macht vielen Menschen Angst – auch in Niedersachsen. Eine vom SoVD in Niedersachsen in Auftrag gegebene repräsentative forsa-Umfrage zeigt, dass sich gerade Menschen mit einem geringen Einkommen Sorgen um ihre spätere Rente machen oder befürchten, Angehörige pflegen zu müssen. Aus Sicht des SoVD wird damit eine soziale Schieflage deutlich, um die sich die Politik dringend kümmern muss.

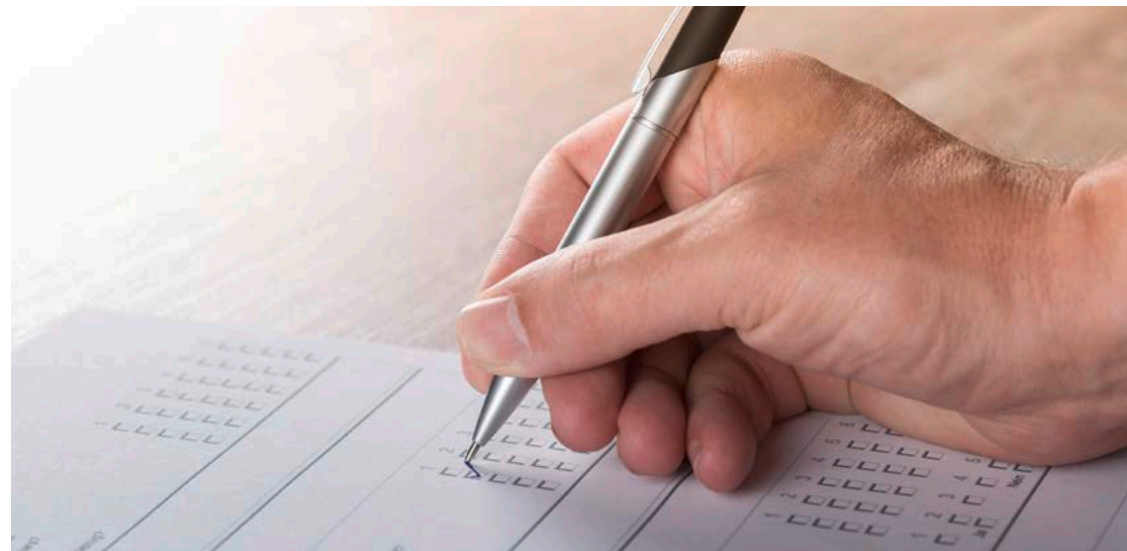


Foto: Andreas Breitling / Pixabay

**Die Ergebnisse der vom SoVD in Auftrag gegebenen repräsentativen forsa-Umfrage zeigen: Menschen in Niedersachsen haben Angst vor Altersarmut und Pflegebedürftigkeit.**

20 Prozent der Bürger\*innen in Niedersachsen haben Angst davor, im Alter nicht ihren derzeitigen Lebensstandard halten zu können. Besonders häufig sind davon unter 30-Jährige und Menschen mit einem Nettoeinkommen von unter 1.500 Euro monatlich betroffen. „Die Ergebnisse der repräsentativen

Befragung bestätigen, was wir täglich in unserer Beratung sehen“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Gerade Menschen mit einem geringen Einkommen seien später von Altersarmut betroffen und wüssten nicht, wie sie über die Runden kommen sollen. „Hier müssen

die Politiker\*innen endlich an wichtigen Stellschrauben drehen: Der Mindestlohn muss rauf, der Niedriglohnsektor muss eingedämmt werden“, fordert Sackarendt.

Auch das Thema Pflege sehen Menschen in Niedersachsen problematisch: 36 Prozent von ihnen haben Angst, pfe-

gebedürftig zu werden oder nahe Angehörige pflegen zu müssen (33 Prozent). „Sich um jemanden zu kümmern, der\*die pflegebedürftig ist, bringt eine hohe zeitliche und oft auch eine finanzielle und emotionale Belastung mit sich“, erläutert Sackarendt. Es sei Aufgabe der Politik, die Betroffenen stärker zu unterstützen und ihnen diese Ängste zu nehmen. Ein erweitertes Pflegegeld, wie es Niedersachsens größter Sozialverband fordert, könne Abhilfe schaffen und zumindest in finanzieller Hinsicht Entlastung bringen.

Kritisch bewertet der SoVD die Tatsache, dass fast die Hälfte der Befragten nicht glaubt, sich in Krisensituationen auf die sozialen Sicherungssysteme verlassen zu können. Auch das Vertrauen in die Politik lässt laut Umfrage zu wünschen übrig: Nur eine Minderheit der niedersächsischen Bürger\*innen (35 Prozent) glaubt, die Politik unternehme genug, damit auch Menschen mit einem geringen

Einkommen am sozialen Leben teilhaben können. „Das zeigt deutlich, dass mehr für die Betroffenen getan werden muss. Es dürfen sich nicht so viele Menschen von der Politik im Stich gelassen fühlen“, betont Sackarendt.

Auch bei der Frage nach der Finanzierung solcher Maßnahmen – etwa im Rahmen der Corona-Krise – liefert die Befragung ein eindeutiges Ergebnis. 53 Prozent befürworten die Einführung einer Vermögenssteuer – also eine Abgabe auf das Gesamtvermögen einer Person. „Wir als SoVD fordern seit langem eine Vermögenssteuer für mehr soziale Gerechtigkeit. Es darf auf keinen Fall passieren, dass die Kosten der Pandemie jetzt den ohnehin finanziell Benachteiligten aufgebürdet werden“, so der niedersächsische SoVD-Chef.

Weitere Informationen zu der vom SoVD in Auftrag gegebenen forsa-Umfrage sind im Internet unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de) zu finden.

Gendermedizin: SoVD in Niedersachsen fordert mehr Bewusstsein für Unterschiede

# Frauen müssen berücksichtigt werden

Medizinische Diagnostik und Therapien werden in Deutschland nach wie vor in den meisten Fällen für Männer entwickelt. Für Frauen bringt das gefährliche Nachteile mit sich – sie reagieren häufig anders auf Medikamente und weisen bei Krankheiten andere Symptome auf. Diese Unterschiede haben sich zuletzt beispielsweise bei unterschiedlichen Reaktionen auf den Corona-Impfstoff von AstraZeneca gezeigt. Anlässlich des internationalen Aktionstags zur Frauengesundheit am 28. Mai hat sich der SoVD in Niedersachsen deshalb dafür eingesetzt, dass die geschlechtssensible Medizin stärker gefördert wird.

In der Forschung, in Zulassungsstudien von Medikamenten und in der Ausbildung von Mediziner\*innen gilt der Männerkörper noch immer als Standard. Das führt oft dazu, dass die medizinische Behandlung von Frauen schlechter ist. „Die Symptome bei einem Herzinfarkt bei Männern unterscheiden sich ganz deutlich von den Symptomen bei Frauen. Wenn diese Unterschiede bei der Behandlung nicht beachtet werden, kann das fatale Folgen für die Patientinnen haben“, sagt Roswitha Reiß, Landesfrauensprecherin des SoVD in Niedersachsen. Die sogenannte Gendermedizin habe diese Problematik zwar im Blick, komme aber in Deutschland noch immer viel zu langsam voran. Auch im Bereich der Pflegebe-

rufe spielt die Ungleichbehandlung eine Rolle. Das Design von Schutzkleidung und Masken orientiert sich standardmäßig an Durchschnittsgrößen von Männern. Die Folge: Die Ausrüstung passt Frauen oft nicht gut und schützt damit schlechter. „Das ist besonders problematisch, weil die große Mehrheit der Pflegenden weiblich ist“, gibt Reiß zu bedenken.

Der SoVD hat deshalb gefordert, einen stärkeren Fokus auf diese Ungleichbehandlung zu legen. „In erster Linie muss das Bewusstsein für die Unterschiede von Frauen und Männern im medizinischen Bereich geschärft werden. Das geht nur mit der Förderung einer geschlechtssensiblen Medizin und einer entsprechenden Grundlagenforschung“, so Reiß.



Foto: Hero Images / Adobe Stock

**Da in Forschung und Ausbildung der männliche Körper als Standard gilt, ist die medizinische Versorgung von Frauen oft schlechter.**